

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Abkommen vom 1. Oktober 2008

zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

über die Vertiefung der Zusammenarbeit bei der Verhinderung
und Bekämpfung schwerwiegender Kriminalität

– Drucksache 16/13123 –

Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Die Bundesregierung äußert sich zu der Stellungnahme des Bundesrates wie folgt:

Zu Nummer 1

Die Bundesregierung teilt die Einschätzung des Bundesrates.

Zu Nummer 2

Die Bundesregierung teilt die Einschätzung des Bundesrates zur Bedeutung der Grundrechte und insbesondere des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, dem trägt das Abkommen angemessene Rechnung.

Zu Nummer 3

Da das Abkommen selbst ein funktionsfähiges und ausreichendes Datenschutzregime enthält, teilt die Bundesregierung die Sorge des Bundesrates nicht, dass datenschutzrechtliche Standards durch das Abkommen nicht eingehalten werden.

Zu Nummer 4

Zu Buchstabe a

Artikel 12 des Abkommens schafft nicht erst die Möglichkeit oder gar die Verpflichtung zur Übermittlung besonders sensibler Daten, sondern dient ihrem besonderen Schutz. Für die in Artikel 12 genannten Datenkategorien gelten besondere Anforderungen im Hinblick auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Datenübermittlung. Artikel 12 beinhaltet folglich eine zusätzliche Hürde für die Übermittlung solcher besonders sensibler Daten und schränkt die Möglichkeit des Austauschs personenbezogener Daten nach Artikel 10 des Abkommens ein. Dass sich Artikel 12 des Abkommens

auf den Datenaustausch zum Zweck der Verhinderung terroristischer Straftaten nach Artikel 10 bezieht, ergibt sich bereits daraus, dass sich die übrigen Datenübermittlungsbefugnisse des Abkommens auf den Austausch von sog. Fundstellendatensätzen beschränken, die bereits per definitionem keine der in Artikel 12 genannten besonders sensiblen Daten enthalten.

Zu Buchstabe b

Bei dem in Artikel 12 enthaltenen Katalog besonders sensibler Daten handelt es sich um einen Standardkatalog, der sich so oder so ähnlich nicht nur in zahlreichen nationalen und internationalen Vorschriften auf dem Gebiet des allgemeinen Datenschutzrechts wiederfindet, beispielsweise in § 3 Absatz 9 (i. V. m. § 16 Absatz 1 Nummer 2) des Bundesdatenschutzgesetzes, Artikel 6 des Übereinkommens des Europarats vom 28. Januar 1981 über den Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten, sondern auch in Vorschriften, die gerade auch für die Bekämpfung grenzüberschreitender terroristischer Straftaten gelten, wie z. B. in Artikel 11 des USA-Eurojust-Abkommens und Artikel 6 des USA-Europol-Abkommens.

Die Relevanz der Gewerkschaftszugehörigkeit einer Person für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus kann nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Sie dürfte jedoch allenfalls in seltenen Ausnahmefällen eine Rolle spielen, beispielsweise, wenn Anschlagplanungen gegen eine Person oder von einer Person bekannt geworden sind, zu deren Identität nur bestimmte Anhaltspunkte, darunter womöglich eine bestimmte Gewerkschaftsfunktion, vorliegen. Daten, die die Gesundheit oder das Sexualleben betreffen, dürften ebenfalls nur äußerst selten von Relevanz sein. Es kann jedoch auch insoweit nicht von vornherein völlig ausge-

geschlossen werden, dass etwa relevante Informationen zum Umfeld eines Terrorverdächtigen auch Rückschlüsse auf das Sexualleben oder etwaige Erkrankungen des Betroffenen zulassen.

Zu Nummer 5

Die Festlegung von strikten Lösungsfristen bildet auch im innerstaatlichen Recht die Ausnahme. Allerdings sind hier Aussonderungsprüffristen festgelegt (vgl. etwa § 32 Absatz 3 des Bundeskriminalamtgesetzes – BKAG). Da die Datenübermittlung nach Artikel 10 des Abkommens, für die die Regelung des Artikels 11 Absatz 2 allein relevant ist¹, nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der übermittelnden Vertragspartei erfolgt, gilt für das Bundeskriminalamt als übermittelnde Stelle im Übrigen der § 14 Absatz 7 BKAG, wonach das Bundeskriminalamt dem Empfänger den beim Bundeskriminalamt vorgesehenen Lösungszeitpunkt mitzuteilen hat. Darüber hinaus kann die Datenübermittlung jeweils mit einer Bedingung nach Artikel 10 Absatz 4 des Abkommens versehen werden, mit der eine bestimmte Lösungsfrist für das jeweilige Datum vorgegeben werden kann. Hierauf wird im Entwurf eines Vertragsgesetzes in der Begründung zu Artikel 10 Absatz 4 auch ausdrücklich hingewiesen.

Zu Nummer 6

In Anbetracht der unterschiedlichen Rechtsordnungen war eine gemeinsame Definition weder zu schwerwiegender Kriminalität noch zu terroristischen Straftaten möglich. Das Abkommen sieht jedoch vor, dass jede Vertragspartei eine Erklärung abgeben kann, mit der sie der anderen Vertrags-

partei notifiziert, welche Straftaten nach ihrem innerstaatlichen Recht als terroristische Straftaten gelten (Artikel 10 Absatz 3). Deutschland wird von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Durch diese Erklärung wird dem deutschen Bestimmtheitsgebot ausreichend Rechnung getragen, da mit dieser Erklärung klar definiert wird, in welchen Fällen deutsche Behörden personenbezogene Daten im Rahmen der Spontanübermittlung an die Vereinigten Staaten von Amerika weitergeben.

Bei dem Begriff „schwerwiegende Kriminalität“ handelt es sich zwar um einen auslegungsbedürftigen unbestimmten Rechtsbegriff, der in der deutschen Rechtsprache jedoch durchaus üblich ist (vgl. etwa § 100a der Strafprozessordnung – StPO), so dass bei der Auslegung auf umfängliche Literatur und Rechtsprechung zurückgegriffen werden kann.

Zu Nummer 7

Die Bundesregierung hat bereits bei den Verhandlungen über das vorliegende Abkommen nachdrücklich auf die Gewährleistung eines angemessenen Datenschutzniveaus hingewirkt. Sie wird selbstverständlich darauf achten, dass bei der Durchführung des Abkommens alle anwendbaren Datenschutzbestimmungen strikt beachtet werden.

¹ Für die im Rahmen des automatisierten Datenaustauschs nach den Artikeln 4 und 7 übermittelten Daten sieht Artikel 13 Absatz 3 Satz 3 vor, dass die zu Vergleichszwecken übermittelten Daten grundsätzlich unverzüglich nach der automatisierten Beantwortung der Anfrage zu löschen sind.